Vereinsatzung

„Feuerwehrförderverein Plaaz e.V.“

§ 1 - Name, Eintragung, Sitz.....	2
§ 2 - Zweck des Vereins	2
§ 3 - Gemeinnützigkeit.....	2
§ 4 - Geschäftsjahr	3
§ 5 - Mitgliedschaft.....	3
§ 6 - Finanzielle Mittel.....	4
§ 7 - Beiträge.....	4
§ 8 - Rechnungswesen.....	4
§ 9 - Organe des Vereins.....	5
§ 10 - Der Vorstand.....	5
§ 11 - Zuständigkeit des Vorstandes.....	6
§ 12 - Wahl und Amtsdauer des Vorstandes.....	6
§ 13 - Beschlussfassung des Vorstandes	7
§ 14 - Die Mitgliederversammlung	7
§ 15 - Beschlussfassung der Mitgliederversammlung	8
§ 16 - Protokollierung.....	8
§ 17 - Auflösung	9
§ 18 - Haftungsausschluss.....	9
§ 19 - Gerichtsstand.....	10
§ 20 - Inkrafttreten der Satzung	10

§ 1 - Name, Eintragung, Sitz

- (1) Der Verein führt den Namen „Feuerwehrförderverein Plaaz e.V.“
- (2) Der Verein ist in das Vereinsregister eingetragen.
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in 18276 Plaaz.

§ 2 - Zweck des Vereins

- (1) Der Zweck des Vereins ist die ideelle, materielle, tatsächliche bzw. aktive und finanzielle Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Plaaz. Dies beinhaltet beratende, planende wie auch aktive Unterstützung bei zukünftig anstehenden Projekten. Weiterhin bedeutet es, Gelder für dringend notwendige Investitionen - ob nun Ausrüstungsgegenstände, Gerät, Gebäude oder sonstige Anlagen betreffend - zu beschaffen.
- (2) Ein wesentliches Anliegen des Vereins ist die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit speziell im Bereich der Feuerwehr, aber auch der Gemeinde Plaaz.
- (3) Der Vorstand des Vereins wird ermächtigt, bei Beanstandungen im Zusammenhang mit dem Anerkennungsverfahren bei der Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung seitens der Finanzbehörden redaktionelle Änderungen bei der Formulierung der vorgenannten Absätze vorzunehmen.

§ 3 - Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. d. Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Verein darf sich dabei zur Verwirklichung dieser Zwecke auch geeigneter weisungsgebundener Hilfspersonen bedienen (§ 57 Abs. 1 S. 2 AO) und seine Mittel anderen ebenfalls steuerbegünstigten Körperschaften und öffentlichen Einrichtungen zur Verwendung zu den vorgenannten Zwecken zuwenden (§ 58 Nr. 2 AO).
- (2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (3) Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 - Geschäftsjahr

- (1) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 5 - Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des "Feuerwehrförderverein Plaaz e.V." können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die bereit und in der Lage sind, an der Verwirklichung der Ziele des Vereins mitzuwirken und den festgelegten Mitgliedsbeitrag zahlen. Der Verein hat ordentliche Mitglieder, fördernde Mitglieder und Ehrenmitglieder.
- (2) Ordentliche Mitglieder sind verpflichtet, aktiv an der Verwirklichung der Ziele des Vereins mitzuwirken. Über Ihre Aufnahme entscheidet der Vorstand aufgrund eines schriftlich gestellten Antrags auf Aufnahme als ordentliches Mitglied.
- (3) Ehrenmitglieder werden durch Zuwahl des Vorstandes aufgenommen.
- (4) Fördernde Mitglieder sind alle Vereinsmitglieder, die nicht ordentliche Mitglieder oder Ehrenmitglieder sind. Über ihre Aufnahme entscheidet der Vorstand aufgrund eines schriftlichen Aufnahmeantrags. Den fördernden Mitgliedern steht die Teilnahme an den Veranstaltungen des Vereins zu, soweit die vorhandenen personellen, räumlichen und zeitlichen Kapazitäten ausreichen.
- (5) Der Verein hat das Recht, personenbezogene Daten der Mitglieder, im Rahmen des Vereinszweckes, zu speichern und zu verarbeiten. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Änderung seiner persönlichen Daten mitzuteilen.
- (6) Die Mitgliedschaft im "Feuerwehrförderverein Plaaz e. V" erlischt:
 - a) durch den Tod des Mitglieds oder durch Auflösung der juristischen Person
 - b) durch schriftliche Austrittserklärung bis spätestens zum Ende des Geschäftsjahres
 - c) wenn ein Mitglied trotz zweimaliger Mahnung seinen Mitgliedsbeitrag nicht entrichtet hat. Die Streichung darf erst erfolgen, wenn seit Absendung des zweiten Mahnschreibens ein Monat vergangen ist und der Beitragsrückstand nicht beglichen ist. Über die Streichung aus der Mitgliederliste ist das Mitglied zu informieren.
 - d) durch Ausschluss, den der Vorstand aus wichtigem Grund beschließen kann. Ein wichtiger Grund liegt z.B. dann vor, wenn das Verhalten des Mitgliedes den Zwecken des Vereins zuwiderläuft. Der Beschluss über einen Ausschluss aus dem Verein ist vom Vorstand zu begründen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Briefes bekannt zu machen. Die Bekanntgabe gilt als erfolgt, wenn sie an die zuletzt angegebene Adresse des Mitglieds gesandt worden ist. Dem Mitglied muss jedoch

vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Rechtfertigung bzw. Stellungnahme gegeben werden.

§ 6 - Finanzielle Mittel

(1) Zur Erfüllung seiner Aufgaben dienen dem Verein folgende Mittel:

- ordentliche Mitgliedsbeiträge,
- freiwillige Sonderbeiträge der Mitglieder,
- Gönnerbeiträge / Spendengelder,
- weitere Zuwendungen, Schenkungen,
- Erträge des Vereinsvermögens,
- Fördermittel / Beiträge der öffentlichen Hand.

(2) Bildung von Rücklagen

Zur Verwirklichung größerer Projekte oder Anschaffungen, die die Erfüllung von Vorhaben gem. § 2 der Vereinssatzung als Ziel haben, ist der Verein berechtigt, zweckgebundene Rücklagen (gemäß §§ 58 Abs. 6 AO), zu bilden. Ein entsprechender Beschluss der Mitgliederversammlung ist hierzu erforderlich.

§ 7 - Beiträge

- (1) Die Einkünfte des Vereins bestehen aus den jährlichen Mitgliedsbeiträgen und freiwilligen Zuwendungen.
- (2) Die Vereinsmitglieder sind zur Zahlung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages verpflichtet. Eine Rückerstattung bezahlter Mitgliedsbeiträge erfolgt in der Regel nicht.
- (3) Der Mitgliedsbeitrag ist am Anfang des Geschäftsjahres zu entrichten. Letztmöglicher Termin für die fristgerechte Zahlung ist der 15. Februar eines jeden Geschäftsjahres.
- (4) Bei Aufnahme eines neuen Mitgliedes ist sofort der anteilige Aufnahmebeitrag zu entrichten.

§ 8 - Rechnungswesen

- (1) Der Kassenverwalter ist für die ordnungsgemäße Erledigung der Kassengeschäfte verantwortlich.

- (2) Er darf Auszahlungen bis zu einem Betrag von 50,00 EUR ohne eine Auszahlungsanordnung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters leisten. Darüber hinaus darf er Auszahlungen nur leisten, wenn der Vorsitzende, oder im Verhinderungsfall, sein Stellvertreter, eine Auszahlungsanordnung erteilt hat und wenn nach dem von der Mitgliederversammlung beschlossenen Haushaltsansatz Mittel für die Ausgabenzwecke vorgesehen sind.
- (3) Über alle Einnahmen und Ausgaben ist Buch zu führen.
- (4) Am Ende des Geschäftsjahres legt er die Rechnungsführung den Kassenprüfern vor. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (5) Die Kassenprüfer prüfen die Kassengeschäfte und erstatten der Mitgliederversammlung Bericht.

§ 9 - Organe des Vereins

- (1) der Vorstand
- (2) die Mitgliederversammlung

§ 10 - Der Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins besteht aus zu wählenden Personen. Die zu wählenden Vorstandsmitgliedern sind:
 - der Vorstandsvorsitzende / Vereinsvorsitzende,
 - ein stellvertretender Vorsitzender,
 - ein Kassenverwalter,
 - ein Beisitzer.
- (2) Eine Kombination von Ämtern ist möglich, sollte aber vermieden werden. Niemals jedoch darf der Vereinsvorsitzende oder sein Stellvertreter den Posten des Kassenverwalters bekleiden.
- (3) Die Vorstandsmitglieder des Vereins sollten Mitglieder der FFW sein, was in dem primären Zweck des Vereins begründet liegt. Ausnahmen hierzu müssen entweder in der Satzung vermerkt sein oder bei der Wahl des Vorstandes auf der Mitgliederversammlung, unter Angabe von triftigen Gründen, beschlossen werden.
- (4) Der Vorstand bestimmt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben, welche

unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstandes die Aufgabengebiete auf die einzelnen Vorstandsmitglieder verteilt und die Zuständigkeitsbereiche abgrenzt.

- (5) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich jeweils durch zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten.
- (6) Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten ehrenamtlich. Sie erhalten die notwendigen Aufwendungen, die ihnen durch ihre Tätigkeit für den Verein entstanden sind, auf Nachweis erstattet.

§ 11 - Zuständigkeit des Vorstandes

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

Der Vorstand hat die Geschäfte des Vereins zu führen. Er kann für die Erledigung der laufenden Geschäfte haupt- oder nebenamtliche Geschäftsführer bestellen. Der Vorstand hat vor allem folgende Aufgaben und Befugnisse:

- (1) Verwirklichung der Vereinsziele gemäß §2 der Satzung,
- (2) Planung und Durchführung der entsprechenden Maßnahmen,
- (3) Vorbereitung und Durchführung der Mitgliederversammlung,
- (4) Aufstellung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr,
- (5) Erstellung der jährlichen Bilanz und des Jahresberichtes,
- (6) Information an die Mitglieder soweit Satzungsänderungen erforderlich sind, um den Gemeinnützigkeitsstatus des Vereins zu gewährleisten.

§ 12 - Wahl und Amtsdauer des Vorstandes

- (1) Der Vorstand (siehe § 10 Abs. 1. Vereinssatzung) wird von der Mitgliederversammlung auf Dauer von 2 Jahren gewählt. Er bleibt so lange im Amt, bis eine neue Wahl erfolgt. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes.
- (2) Scheiden mehr als 2 Vorstandsmitglieder während einer Amtsperiode aus, muss eine Mitgliederversammlung einberufen und ein neuer Vorstand gewählt werden.

§ 13 - Beschlussfassung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in Vorstandssitzungen oder nach § 13.4. im schriftlichen Verfahren. Die Sitzungen sind vom Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter schriftlich, fernmündlich oder telegrafisch mit einer Frist von 14 Tagen einzuberufen.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend sind, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende. Bei der Beschlussfassung entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung.
- (3) Die Vorstandssitzung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter geleitet.
- (4) Der Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn kein Vorstandsmitglied dieser Form der Beschlussfassung widerspricht.
- (5) Die Beschlüsse des Vorstandes sind gemäß §16 in Protokollen festzuhalten. Das Original des Protokolls verbleibt beim Schriftführer. Weitere Kopien können bei Notwendigkeit auf Beschluss des Vorstandes erstellt und verteilt werden.

§ 14 -Die Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jedes Jahr statt. Sie wird vom Vorsitzenden des Vereins oder seinem Stellvertreter mit einer Frist von vier Wochen auf schriftlichem, fernschriftlichem oder mündlichem Weg, unter Angabe der Tagesordnung, einberufen. In der Einberufung sind der Versammlungsort und die Versammlungszeit bekanntzugeben. Einzuladen sind alle Mitglieder des Vereins (gemäß § 5 der Satzung).
- (2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder die Einberufung von 35% der Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Grundes verlangt wird.
- (3) Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a) Beratung und Beschlussfassung über eingebrachte Anträge,
 - b) Wahl des Vorstandes,
 - c) Wahl der Kassenprüfer,
 - d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts (Jahresbericht und Kassenbericht) des Vorstandes und dessen Entlastung,
 - e) Festsetzung des Mitgliedsbeitrages,
 - f) Beschlussfassung über die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft,
 - g) Beschlussfassung über Änderungen der Satzung,

- h) Entscheidung über Anträge, die von mindestens 35% der ordentlichen Mitglieder eingebracht werden,
 - i) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.
- (4) Satzungsänderungen sind vor ihrer Anmeldung zum Vereinsregister mit der Finanzbehörde darauf abzustimmen, dass sie die Gemeinnützigkeit des Vereins nicht gefährden.

§ 15 - Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden des Vereins oder von seinem Stellvertreter geleitet.
- (2) In der Mitgliederversammlung hat jedes ordentliche Mitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechtes kann ein anderes ordentliches Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 60% der ordentlichen Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Fördernde Mitglieder sind an der Mitgliederversammlung teilnahmeberechtigt und haben Rederecht, aber kein Stimmrecht. Bei Nicht-Beschlussfähigkeit einer Mitgliederversammlung wird unmittelbar eine Folge- Mitgliederversammlung einberufen, die dann - unabhängig von der Zahl der Anwesenden Personen - beschlussfähig ist. Es gilt dann die gleiche Tagesordnung.
- (3) Der Versammlungsleiter bestimmt die Art der Abstimmung. Sie muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der erschienenen ordentlichen Mitglieder dies beantragt.

§ 16 - Protokollierung

- (1) Die von den Vereinsorganen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom jeweiligen Versammlungsleiter zu unterschreiben.
- (2) Werden Beschlüsse in den von der Satzung hierfür vorgesehenen Fällen schriftlich gefasst, werden sie gleichfalls in einem Protokoll festgehalten, das vom Vorsitzenden des Vereins oder seinem Stellvertreter unterzeichnet wird.

§ 17 - Auflösung

- (1) Der Verein wird aufgelöst, wenn in einer hierzu einberufenen Mitgliederversammlung mindestens vier Fünftel der Mitglieder vertreten sind und mit drei Viertel der abgegebenen Stimmen die Auflösung beschließen. Nach der Auflösung erfolgt die Liquidation des Vereins.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zwecks fällt sein Vermögen an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die in §2 der vorstehenden Vereinssatzung genannten allgemein förderungswürdigen gemeinnützigen Zwecke i. S. von § 52 AO. Die Mitgliederversammlung beschließt, welcher steuerbegünstigten Körperschaft das Vereinsvermögen zufällt.
- (3) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzenden des Vereins sind gemeinsam die vertretungsberechtigten Liquidatoren. (Aufgaben der Liquidatoren: §49 (1) BGB)
- (4) Die Mitglieder dürfen bei Auflösung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens erhalten.
- (5) Das Vermögen des Vereins darf eventuellen Anfallberechtigten /Gläubigern nicht vor dem Ablauf eines Jahres nach der Bekanntmachung der Auflösung des Vereins oder Entziehung der Rechtsfähigkeit ausgeantwortet werden. (§51 BGB)
- (6) Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vereinsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 18 - Haftungsausschluss

- (1) Die Haftung des Vereins sowie der Vorstandsmitglieder beschränkt sich auf eine vorsätzliche Pflichtverletzung durch die Mitglieder des Vorstandes. Die Haftung für fahrlässiges Verhalten der Organe sowie für jedwedes Verschulden der Erfüllungsgehilfen gegenüber den Vereinsmitgliedern wird ausgeschlossen. Soweit Schadensersatzansprüche der Vereinsmitglieder gegen den Verein bzw. gegen handelnde Vereinsmitglieder in Rede stehen, hat der Geschädigte auch das Verschulden des für den Verein Handelnden und die Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Schaden zu beweisen. Eine unmittelbare Haftung der Vereinsmitglieder, insbesondere des Vorstands, für Schadensersatzansprüche gegen den Verein ist ausgeschlossen.
- (2) Der Verein ist gegenüber den Vorstandsmitgliedern dazu verpflichtet, diese von allen gegen sie gerichteten Ansprüchen, die aus ihrer Tätigkeit für den Verein entstehen, freizustellen, soweit die Ansprüche nicht auf einer vorsätzlichen Pflichtverletzung beruhen.

§ 19 - Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Ansprüche und Streitigkeiten zwischen dem Verein und den Mitgliedern ist der Sitz des Vereins.

§ 20 - Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung wurde am 10.05.2013 von der Mitgliederversammlung beschlossen. Sie tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

Plaaz, den 10.05.2013

1. <u>gez. Peter Legler</u>	2. <u>gez. Reik Babendererde</u>
3. <u>gez. Maik Heinrich</u>	4. <u>gez. Martin Walm</u>
5. <u>gez. Christian Gebel</u>	6. <u>gez. Uwe Schöpplerle</u>
7. <u>gez. Mathias Büttner</u>	